

Doku

In der neuen Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht im 2. Weltkrieg sieht man die Verbrechen vor lauter Fakten nicht mehr

Seite 2

Politik

Nach dem letztjährigen Tanz des Mussolini in Genua bläst nun der spanische Staat zum frankistischen Flamenca

Seite 3

Geschichte

In der Broschüre „Verachtet, vertrieben, verfolgt“ wird die Diskriminierung Bochumer Sinti und Roma in der Nazi-Zeit dokumentiert

Seite 4

<http://bo-alternativ.de>



Über die Notwendigkeit von Protest DüBoDo: Einwandsfrist läuft

Ende Februar hatte die BürgerInneninitiative Bochum gegen die DÜBODO zur BürgerInnenversammlung in die Mensa der Gesamtschule an der Markstraße geladen, um dort über die ausgelegten Pläne zum Neubau der A 44/DüBoDo im Bochumer Süden zu informieren und stieß auf beachtliche Resonanz. Über 200 BürgerInnen erschienen, um sich zu informieren und beraten zu lassen, wie sie Einwendungen gegen die Pläne einreichen können.

Der landeseigene Betrieb Straßenbau NRW, der die Planungen im Auftrag der Landesregierung durchführt, war hochkarätig mit fünf Personen erschienen. Herr Plato, der Leiter der Straßenbau NRW Niederlassung Bochum, erklärte anhand der großformatigen Pläne den geplanten Trassenverlauf. Er und seine KollegInnen mussten sich anschließend mit etlichen kritischen Fragen von BürgerInnen auseinandersetzen; etwa zur Lärmbelastung an einigen besonders belasteten Wohnorten, zur Abgasbelastung

in der Senke an der Steinkuhllstraße, zur Höhe des geplanten Trassenverlaufs und zur Höhe und Wirksamkeit der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen.

Die meisten Fragen der BürgerInnen konnten von den Straßenbau NRW-VertreterInnen nicht zur Zufriedenheit der FragestellerInnen beantwortet werden. Einladend klang höchstens ein Angebot des Herrn Plato: Alle besorgten BürgerInnen können sich exakt für ihre Wohnung die von seiner Firma erwarteten Lärmwerte infolge der neugebauten DüBoDo beim Landesbetrieb Straßenbau erfragen (Tel.: 9552-319).

ExpertInnen der Bürgerinitiative wiesen danach in Kurzvorträgen auf verschiedene Aspekte der von ihnen erwarteten Konsequenzen des Autobahnbaus hin: Beispielsweise wie sich das Verkehrsaufkommen auf dem Außenring und dem Neubastück der Autobahn entwickeln wird. Es ist absehbar, dass bei Realisierung der Trasse auch Bochum-Steinkuhl in den täglichen Stauumeldungen des Verkehrsfunks traurige Berühmtheit erlangen wird. Die BI-VertreterInnen verwiesen auf ein Verkehrsgutachten des amtlichen Wuppertal-Instituts (05/96) und die Wirkungsanalyse des IngenieurInnenbüros IVV-Aachen (01/97), welche die Versprechen der PolitikerInnen widerlegen, denen zufolge eine Entlastung zu erwarten sei. Statt-

dessen sei mit einer Mehrbelastung zu rechnen. Im Vergleich zu den Verkehrszahlen von 1995, die den beiden Studien zugrunde liegen, wird beispielsweise bis zum Jahre 2010 folgende Entwicklung für die Zunahme des Verkehr durch die „Bochumer Lösung“ prognostiziert, z. B.:

Westkreuz bis Essener Straße: 132 %

Höhe Hattinger Straße: 58 %

Oviedo-Ring bis Wasserstraße: 60 %

Auf die jetzige Umgehung bezogen, ergibt sich eine Mehrbelastung im Jahre 2010 von 28 %. Lediglich der Bereich Opelring bis Harpener Hellweg wird zu 20 % entlastet. Die Prognose-Zahlen für das Jahr 2010 zeigen, dass es auf zahlreichen Stadtstraßen in Bochum, der A40 und dem Bochumer Außenring zu einer Stauanfälligkeit kommen wird, die den jetzigen Verhältnissen auf der A40 entspricht.

Die aus dem Bau dieses Teilstücks der DüBoDo resultierende zusätzliche Belastung des innerstädtischen Straßennetzes und die Steigerung des Verkehrsaufkommens im Bereich A40/A44 wird letztlich zum kompletten Bau der DüBoDo-Achse zwischen Dortmund und Düsseldorf führen, und diese Überlegung ist von den PlanerInnen auch jetzt schon mitgedacht, ohne dass sie es öffentlich zugeben würden (Salamitaktik).

Die Steigerung des Straßenverkehrs nach dem Bau des neuen Teilstücks der DüBoDo zieht eine noch größere Zahl von LKWs an. Kommt es zur Verzögerung im Verkehrsfluss bzw. zum Stau, weichen die LKWs auf innerstädtische Straßen aus und werden somit zu einer unzumutbaren Belastung und Gefährdung in den Wohngebieten.

Durch die Zunahme des DüBoDo-Verkehrs und die Zuspitzung durch Engpässe erhöht sich die Unfallgefahr für die Bochumer Bevölkerung drastisch. Der Anstieg der Verkehrsbelastung auf dem jetzigen Außenring von mindestens 28 % (im Jahre 2010) bedingt eine entsprechend hohe Unfallhäufigkeit. Staus und Zuspitzung des Straßenverkehrs auf den innerstädtischen Zufahrtsstraßen/im Innenstadtbereich erhöhen den Stress im Fahrverhalten. Entweder werden FahrerInnen fahrlässig oder fühlen sich emotional gestresst, fahren unaufmerksam, genervt und leichtsinnig. Hierdurch kommt es zu

einer unzumutbaren Erhöhung der Unfallzahlen und der Schwere von (Personen-) Schäden.

Dargestellt wurde die enorme Zunahme des Lärms bis hin zur Hustadt einschließlich der Zunahme von lärmbedingtem Stress. Schließlich informierte Dr. Walter Widdig sehr eindrücklich über die Zunahme vielfältiger Krankheitssymptome entlang stark befahrener Straßen. Im übrigen existiert im Ruhrgebiet das dichteste Autobahnnetz Europas.

Während der Veranstaltung wurde das Verfahren der Einwendungen erläutert: Alle BürgerInnen, auch Nicht-BochumerInnen, können kostenlos Einwendungen formulieren, einzureichen bis zum 2. April 2002 beim Planungsamt der Stadt Bochum. Mustereinwendungen sind erhältlich bei der BürgerInneninitiative (Webseite: www.stopp-dubodo.de). Nur EinwenderInnen haben das Recht, an dem Erörterungstermin der Einwendungen teilzunehmen, der voraussichtlich nach den Sommerferien stattfinden wird.

Auch die nächsten Aktionen der BI wurden bekanntgegeben: ein Besuch der Ratssitzung am 7.3.2002 zum Thema DüBoDo im Rathaus (ab 15.00 Uhr) und ein Osterfeuer an der Hofstraße am Ostersonntag, 20.00 Uhr, zwei Tage vor Ablauf der Einwendungsfrist.

Quellen: Bürgerinitiative „Stopp-DüBoDo“ 2/2002

Peer Wollnik, Referat für Ökologie

StudentInnen können sich im Öko-Referat Formulare und Hilfestellung zur Erstellung von Einsprüchen holen.

Rasterfahndungen Wenn mir ein Gesetz nicht passt...

Der freie Zusammenschluss von studentInnen (fzs) als bundesweiter Dachverband der StudentInnen-schaften kritisierte die jüngsten Äußerungen des niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling (SPD) in der Süddeutschen Zeitung aufs Schärfste. Nachdem Gerichtsbeschlüsse in mehreren Bundesländern die Rasterfahndung für unzulässig erklärt hatten, appellierte Bartling an Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hessen, „ihre Gesetze nachzubesichern und so eine Fortsetzung der Rasterfahndung zu ermöglichen“.

Für den studentischen Dachverband fzs fand Carmen Ludwig dazu deutliche Worte: „Bartling hat offensichtlich keine Achtung vor den gesetzlich gesicherten Grundrechten. Gerichtliche Entscheidungen zugunsten des Schutzes der individuellen Rechte kann er offensichtlich nicht akzeptieren. In autoritärer Manier fällt ihm da nur

die faktische Abschaffung der Grundrechte ein, wenn sie ihm gerade im Weg stehen“.

NRW: Studenten ziehen vor das Verfassungsgericht

Der fzs begrüßt hingegen die Entscheidung der betroffenen Studenten aus Nordrhein-Westfalen und der sie unterstützenden StudentInnen-schaften, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Vor dem Bundesverfassungsgericht soll überprüft werden, ob die von den Innenbehörden behaupteten und nicht belegten Hinweise auf eine angebliche Gefährdungslage durch bevorstehende Anschläge islamistischer Terroristen wirklich ausreichen, um den schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung durch die Rasterfahndung zu rechtfertigen. „Gerade die Haltung des Innenministers Bartlings macht deutlich, wie beliebig und leichtfertig heutzutage mit den individuellen Grundrechten umgegangen wird. Das Eintreten für den Schutz der Grundrechte gegen alle autoritären

Versuche der Abschaffung und Einschränkung, ist wichtiger denn je“, so Carmen Ludwig.

Hessen: Klage auf Löschung der Daten eingereicht

Obwohl ein Urteil des Landgerichts Wiesbaden die Rasterfahndung für Hessen bereits Anfang Februar aufgehoben hat, weigert sich das Hessische Landeskriminalamt, die Daten der von der Rasterfahndung betroffenen Studenten zu löschen. Mit Unterstützung der studentischen Selbstverwaltung hat ein betroffener Student inzwischen Klage gegen das Land Hessen eingereicht, um die Löschung seiner Daten zu erzwingen.

Nach dem Urteil des Landgericht Wiesbaden hat das LKA zumindest offiziell die Rasterfahndung eingestellt. Der hessische Innenminister Bouffier verwarf das Urteil als „lebensfremd“ und strebt seinerseits Beschwerde gegen das Urteil an. Unter dem Motto, „Hessen darf nicht zum Rückzugsraum für potentielle Terroristen und sogenannte Schläfer werden“, versucht er, die Rasterfahn-

... Fortsetzung auf Seite 3

Die neue Wehrmachtsausstellung Unangreifbar und Entpolitisiert

Freispruch in D'dorf

Ein ehemaliger AStA-Vorsitzender der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wurde im Februar freigesprochen und seine Äußerung „Wir werden, wenn es geht, auf die Demoroute der Nazis kommen und dort verbleiben...“ bleibt damit straffrei. Ralf Krüger hatte in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des HHU-AStA gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk Stellung zu einem Naziaufmarsch genommen und dabei die angegebene Äußerung getan, in der die Staatsanwaltschaft einen Aufruf zu Mord und Totschlag sah, wenn nicht Schlimmeres. Dabei störte sie sich auch nicht daran, dass zahlreiche andere Initiativen ebenfalls dazu aufgerufen hatten, sich dem Naziaufmarsch in die Quere zu stellen.

Ralf Krüger zeigte sich nach dem Urteil hocherfreut. „Zwar habe ich mit einem Freispruch gerechnet“, so der ehemalige AStA-Vorsitzende, „doch freut mich vor allem, dass sich der Richter nicht auf eine rein formaljuristische Entscheidung zurückgezogen hat, sondern auch inhaltlich die Klage der Staatsanwaltschaft zurückwies“. Darüber hinaus verwies er auf zahlreiche Fehler der Staatsanwaltschaft, die es nicht vermocht habe, entlastendes Beweismaterial zu sichern.

Richter Dr. Schnorr berief sich in seiner Urteilsbegründung u.a. auf einen Vortrag von Paul Spiegel, der in der „Deutschen Richter Zeitung“ vom Juni 2001 veröffentlicht wurde. In diesem Vortrag, so der Richter, habe Paul Spiegel auf die Bedeutung von Widerstand und Zivilcourage aufmerksam gemacht. Herr Dr. Schnorr verwies auf eine Passage, in der Paul Spiegel sich wie folgt zum Thema Pluralismus äußerte: „Pluralismus bedeutet daher Toleranz – freilich ausgenommen einer Toleranz gegenüber den Intoleranten“.

von Bülow eingeladen

Nach antifaschistischer Kritik ist der umstrittene „Geheimdienstexperte“ Andreas von Bülow von der Friedenskonferenz „Nach dem Krieg ist vor dem Krieg – eine friedenspolitische Zwischenbilanz“ im hessischen Marburg eingeladen worden. Die KritikerInnen stießen mit ihren Vorwürfen, von Bülow verbreite Verschwörungstheorien, die für AntisemitInnen und andere NeofaschistInnen anschlussfähig seien, auf Gehör, nachdem von Bülow der „neurechten“ Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mehrfach Interviews gegeben hatte.

Farbeier auf Verbinder

Als am 25.06.2000 hunderte uniformierte Verbindungsstudenten, offenbar ohne Berührungängste gegenüber den Neofaschisten der Aachener Burschenschaft „Libertas Brunn“ am Aachener Markt aufmarschierten, blieb das nicht ohne Widerspruch. AntifaschistInnen kritisierten die Distanzlosigkeit des Cartellverbandes der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV), welcher der Libertas die Teilnahme an einem Festumzug anlässlich des CV-Konvents, einer bundesweiten Delegiertenversammlung des Verbandes, erlaubte. Der CV und seine Verbindungen geben sich gerne harmlos und verwahren sich dagegen, mit dem rechten bis ultrarechten Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) in einen Topf geworfen zu werden. In der DB ist die Libertas Brunn ein Paradebeispiel für eine ultrarechte Verbindung, das Antifaschprojekt an der Aachener Hochschule stuft sie als neonazistisch ein, was insgesamt die Abgrenzungsbestrebungen der CV-Verbindungen als bloße Schutzbehauptung dastehen lässt. Eine Abgrenzung nach Rechts findet offensichtlich nicht statt.

Nachdem in die Fähigkeiten des CV, eine Grenze nach Rechts zu ziehen, offenbar kein Vertrauen zu setzen war, protestierten AntifaschistInnen auf dem Aachener Markt gegen den Festumzug. Dabei soll es zu Auseinandersetzungen gekommen sein, in deren Verlauf Uniformen und Fahnen der Verbinder durch Farbe beschädigt worden sein sollen. Den angeblich entstandenen Sachschaden gaben die Uniformträger mit 30.000 DM an.

Anfang Februar wurden ein Student und eine Studentin freigesprochen, die von der Staatsanwaltschaft verdächtigt worden waren, Farbeier auf die Verbinder geworfen zu haben.

Köln: Naziaufmarsch verhindern!

Unter dem Motto „Nazis morden, der Staat macht mit...“ rufen antifaschistische Gruppen und Initiativen in Köln dazu auf, einen von Nazis für den 9. März angekündigten Aufmarsch zu verhindern.

Getragen wird dieser Aufmarsch neben der rechten Gruppierung „Pro Köln“ vor allem durch den bundesweit führenden Neonazi-Kader Christian Worch aus Hamburg und das sog. „Nationale Infotelefon Rheinland“ aus Düsseldorf.

Treffpunkt für Gegenaktivitäten: 14.30 Uhr Pariser Platz/Köln Chorweiler

1995 hatte das Hamburger Institut für Sozialforschung die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 44“ erstmals präsentiert. Fast fünf Jahre lang war sie in verschiedenen Städten in Deutschland und Österreich zu sehen und hatte dabei heftige Kontroversen ausgelöst. Die Aussage, dass weite Teile der Wehrmacht in Verbrechen verstrickt waren, wurde im postfaschistischen Deutschland immer noch nicht gerne gesehen. Gehörte das Märchen von der „sauberen“ Wehrmacht – in Abgrenzung zu den bösen Nazis – doch zu den Gründungsmythen der BRD. So war es konservativen Kräften dann auch eine Freude, als in der Ausstellung angeblich eine Menge falscher Fotos gefunden wurden und die Ausstellung erst mal aus der Öffentlichkeit genommen wurde.

Im Endeffekt stellte sich dann zwar heraus, dass nur 4 von 1433 Fotos falsch ausgewiesen waren, die umstrittene Ausstellung wurde trotzdem komplett überarbeitet. Seit Ende November letzten Jahres ist die neue Ausstellung da, sie wurde erst in Berlin gezeigt, zur Zeit ist sie in Bielefeld zu sehen.

Vieles hat sich verändert in der Ausstellung. Schon die Aufmachung ist ganz anders. Das zentrale Medium der ersten Ausstellung waren Fotos. Sie machten nicht nur den großen Teil der verwendeten Quellen aus, sie dominierten das Gezeigte auch visuell – einzelne Fotos waren vergrößert auf Wände gezogen und sprangen deutlich ins Auge.

Texte vs. Bilder

Die neue Ausstellung setzt dagegen auf Text, Text und noch mehr Text. Der Schwerpunkt der Ausstellung ist die Darstellung der Wehrmachtsverbrechen in Russland, diese werden akribisch dokumentiert. Zur Dokumentation werden jedoch nun meist Schriftquellen herangezogen, Bilder dienen nun als Illustration dieser Texte. Da der Umgang mit Bildern ja in der ersten Ausstellung kritisiert wurde, trauen die MacherInnen der Ausstellung nun Bildern

nicht mehr eigene Aussagen zu. Damit werden die Möglichkeiten dieser Quellenorte nicht ausgeschöpft und die Ausstellung bleibt hinter dem eigenen Anspruch zurück, Bilder nun kritisch als Quelle zu verwenden.

Es hat sich aber nicht nur die Art der Quellen, sondern auch der Schwerpunkt der Ausstellung verändert. Vormalig standen nicht die Verbrechen alleine im Vordergrund, sondern die Täter und die Motivation dieser zum Morden wurde in den Blickwinkel mit aufgenommen. Außerdem wurde der Umgang mit der Wehrmachtsgeschichte in der postfaschistischen BRD die ganze Ausstellung über mitbehandelt. Letzterer Aspekt bildete Beginn und Schluss der Ausstellung.

Schwerpunkt der neuen Ausstellung ist die Dokumentation der Verbrechen in Russland. In diesem Teil hat sich an der inhaltlichen Aussage der Ausstellung nichts geändert. Der Krieg der Wehrmacht gegen die UdSSR war ein Vernichtungskrieg, von Anfang an als ein solcher geplant und durchgeführt. Wehrmachts-einheiten haben umfangreiche und viele Verbrechen begangen und z.B. bei der Ermordung des osteuropäischen Judentums kräftig mitgeholfen. Die Verantwortlichen für die Ausstellung konnten es sich nicht leisten, noch einmal inhaltliche Fehler zu machen. Daher ist die historische Arbeit ausgesprochen gut geleistet, die historische Wahrheit wird noch besser herausgearbeitet und damit noch unangreifbarer.

deutliche Entpolitisierung

Die Ausstellung unterlässt jetzt jedoch eine eindeutige Bewertung dieses Vernichtungskrieges. Die Frage nach den Tätern und ihren Motiven, sowie die Darstellung der Verklärung zur „sauberen Wehrmacht“ wurde an den Rand gedrängt und die Aussagen wurden erheblich offener formuliert. Es wird von Handlungsspielräumen gesprochen, an diesem Punkt soll aufgezeigt werden, dass der einzelne Soldat nicht am Morden teilnehmen musste. Schon dieses Aufzeigen misslingt, da mit viel zu langen

Tondokumenten gearbeitet wird, die sich kaum ein BesucherIn komplett anhören kann. Damit nimmt der/die BesucherIn diese Handlungsspielräume kaum wahr. Eine Bewertung dieser Handlungsspielräume bzw. die Frage, warum denn nicht alle Soldaten sich dem Morden entzogen haben, wenn es diese Möglichkeit offensichtlich gab, stellt die Ausstellung nicht. In der alten Ausstellung wurde die oft durchweg rassistische und antisemitische Mentalität von Wehrmachtsoldaten anhand von Feldpost aufgezeigt. Diese Feldpost wird zwar wieder dokumentiert – aber ebenfalls am Rand und auf zu kleinem Raum und schlecht erläutert. Man kann sie schlichtweg übersehen, wenn man nicht genau aufpasst.

Die Ausstellung wurde damit deutlich entpolitisiert und ist nun für viele Deutungen offen. Man kann in diese Ausstellung mit der Meinung gehen, dass es zwar Verbrechen gab, diese aber „von oben“ angeordnet wurden und der einzelne Soldat daran kaum etwas ändern konnte. Aber gegen genau diese Einstellung wollte die alte Ausstellung noch ansetzen.

Ebenfalls entpolitisiert wurden Aussagen über Kontinuitätslinien in der BRD und in der Bundeswehr nach 1945. Solche Kontinuitäten wurden in der alten Ausstellung auch visuell sehr gut herausgearbeitet. So wurde der Eingangsbereich von einem großen eisernen Kreuz (gemeinsames Symbol von Wehrmacht und Bundeswehr) gebildet, auf solch eine Symbolik verzichtet die neue Ausstellung. Die Fragen, aus welchen Traditionen die heutige Armee kommt und welche Generäle erst im Krieg gemordet haben und danach die Bundeswehr aufbauten, müssen sich BetrachterInnen nicht mehr stellen.

Johannes Bock

Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist noch bis zum 17. März dienstags bis sonntags im Historischen Museum in Bielefeld zu sehen. Weitere Infos unter <http://www.wehrmachtausstellung-bi.de>.

Die neue Wehrmachtsausstellung schafft hauptsächlich Verwirrung Nur der Katalog hilft!

Formulierte ihre Vorgängerausstellung noch keine These, nämlich dass die Wehrmacht aktiv und als Gesamtorganisation an den Verbrechen im Osten beteiligt war und belegte diese, indem sie aufzeigte, wie die Idee des Vernichtungskrieges im politischen Klima Deutschlands der zwanziger Jahre entstand, von der NS-Führung aufgegriffen, von der Wehrmachtsführung in den verbrecherischen Befehlen ausformuliert und von den Offizieren und Mannschaften willentlich (belegt durch Feldpostbriefe und Fotos, die deutsche Soldaten zeigen, die sichtlich Spaß daran haben, Juden zu quälen) umgesetzt wurden, so differenziert ihre Nachfolgerin, bis die These fast schon in Vergessenheit gerät.

Der Besucher und die Besucherin verlässt die Ausstellung mit dem Eindruck, dass von einer einheitlich handelnden Wehrmacht schon fast keine Rede mehr sein kann, sondern nur von einer nicht zu überschauenden Anzahl von kollektiven und vor allem individuellen Akteuren, die in einer kaum weniger zu überschauenden Anzahl von Kontexten und Situationen verbrecherisch handelten - oder auch nicht. Falsch ist das natürlich nicht, natürlich waren die verbrecherischen Befehle von oben immer nur ein Faktor von vielen, die zu den Ereignissen führten. Nur ist der Wald Wehrmacht vor lauter Bäumen nicht mehr zu erkennen.

Stehvermögen gefragt

Wer also schon immer mal wissen wollte, welche Einheit wann, wo und unter welchen Bedingungen Verbrechen in Ost- und Südosteuropa beging oder auch unterließ wird an dieser Ausstellung seine oder ihre Freude haben, vorausgesetzt er oder sie bringt die nötige Zeit und das nötige Stehvermögen mit, um sich grob geschätzt tausende von Dokumenten durchzulesen und vor Betrachtung der wenigen

Fotos noch mit den ausführlichen Erörterungen zur Verwendung von Fotografien als historische Quelle und ihrer Überlieferung in Archiven zu beschäftigen. Natürlich erst, nachdem er/sie großzügig bemessene Auszüge der Verträge zur völkerrechtlichen Regulierung von Kriegen vor 1941 gelesen hat und die diplomatischen Prozesse, die zu ihrer Nichtanwendung im Krieg gegen die Sowjetunion führten, durchschaut hat.

Ausgestellt wird vor allem die Absicht der AusstellungsmacherInnen, anders als ihre Vorgänger keine Angriffsflächen mehr zu bieten. Kein Veteran kann sich mehr „pauschal“ verunglimpfen fühlen und wohl auch kein detailfetischistischer Archivkenner in Osteuropa auf sachliche Fehler verweisen. Und das ist ja alles schön und gut. Wenn auch langweilig, denn Anstoß zu Debatten, seien sie öffentlich oder in den Familien geben die AusstellungsmacherInnen so nicht.

Eine schlechte Ausstellung

Nur macht die Ausstellung als Ausstellung keinen Sinn, was aber den meisten BesucherInnen nicht groß auffallen wird, da ein Besuch der Ausstellung in der Regel weniger zum Zwecke der Informationsgewinnung sondern vielmehr als Bekenntnis, fast schon als Teilnahme an einem zivilgesellschaftlichen Wortgottesdienst zelebriert wird. Wir sind die Guten – wir besuchen die Wehrmachtsausstellung.

Wer den Wald lichten und anhand von Beispielen die Prozesse verstehen will, die sich innerhalb des verbrecherischen

Handelns der Wehrmacht vollzogen, nehme sich besser einen Tag frei und den Katalog zur Hand. Er oder sie lasse sich weder von dem Preis von 30 Euro noch von dem an mittelalterliche Folianten erinnernden Gewicht und Format abschrecken und mache sich auf Arbeit gefasst. Faksimilierte Karten und Dokumente in Massen gilt es gleichermaßen wie abgetippte zu lesen und zu begreifen und miteinander zu verknüpfen, bis hinter den Details wieder die Wehrmacht in ihrer vollen in der Summe Vielschichtigkeit hervortritt. Wer das auf sich nimmt, hat richtig was gelernt und kann jedem Veteranen beim Familientreffen die Stim bieten.

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.). Verbrechen der Wehrmacht, Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944, Ausstellungskatalog, Hamburger Edition. HIS Verlagsgesellschaft Hamburg 2002. ISBN 3-930908-74-3

Für eine widerstandsfreie EU: Der Staat beißt zu

Zum 1. Januar dieses Jahres hat Spanien die Ratspräsidentschaft in der EU von Belgien übernommen. Welcher Wind damit der Globalen Außerparlamentarischen Opposition (GAPO) entgegenbläst scheint klar, wenn mensch sich die Vorhaben von José María Aznar, Ministerpräsident und Chef der seit 1996 regierenden konservativen PP (Volkspartei), anschaut. Als oberste Priorität nennt der Schmalspurfranquist die Bekämpfung des Terrorismus. Dabei soll auf die im letzten Jahr in Brüssel geschaffene Grundlage einer gemeinsamen europäischen Terrorismusdefinition gesetzt werden.

Nach dem Entwurf des Europäischen Rates liegt „Terrorismus“ vor, wenn sogenannte Straftaten das Ziel hätten, die politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu verändern oder zu zerstören. Unter den aufgezählten Punkten in dem Papier befinden sich z.B. grobe Sachbeschädigung an Staats- und Regierungseigentum sowie urbane Gewalt. Ziel dieser Definition ist die weitreichende polizeiliche und justizielle Verfolgung von KritikerInnen der eigenen Politik. Die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung wird Schritt für Schritt kriminalisiert und pathologisiert.

Weiteres Hauptanliegen der spanischen Terrorismusbekämpfung ist die Erarbeitung internationaler Abkommen mit den USA und anderen Nicht-EU-Staaten, die die grenzüberschreitende Verfolgung und Auslieferung mutmaßlicher TerroristInnen vereinfachen sollen. Desweiteren werden erweiterte Befugnisse für Europol sowie die Zentralisierung der Überwachung der Festung Europa, z.B. durch die Einrichtung einer zentralen europäischen Stelle für die Vergabe von Visa, angestrebt.

Natürlich hat sich die spanische Präsidentschaft unter der Phrase „Moder-

nisierung der Wirtschaft“ auch die weitere Liberalisierung und Flexibilisierung des europäischen Wirtschaftsraumes auf die Fahne geschrieben. Konkret sollen auf den verschiedenen MinisterInnen-treffen in Spanien die Öffnung des Transportwesens, die Liberalisierung des Gas- und Strommarktes, die Integration der europäischen Finanzmärkte, die Flexibilisierung des Arbeits- und Bildungsmarktes und einige andere Dinge mehr verhandelt werden.

Repression gegen HausbesetzerInnen

Wie ernst es Aznar meint, lässt sich an der staatlichen Repression gegen die HausbesetzerInnen (okupas) – hauptsächlich in Barcelona – veranschaulichen. Seit einigen Jahren ist diese Bewegung in der katalanischen Metropole sehr aktiv, es existieren mehrere Dutzend besetzte Häuser. Gerade in den letzten Monaten erleben die okupas eine krasse Kriminalisierung. Verstärkt werden die Häuser mit brutalen Mitteln geräumt, verschiedene Menschen aus der Szene werden festgenommen, immer mit der Beschuldigung, dass sie die ETA unterstützen würden. Ein wichtiges Zentrum der okupas ist die *Kasa de la Muntanya*, eine bereits 1989 besetzte ehemalige Guardia Civil-Kaserne. Als Mitte Juli letzten Jahres bei der Räumung eines anderen nahegelegenen Hauses Widerstand geleistet wurde, beschlossen die cops eine Razzia der *Kasa*. Diese Blitzoperation ohne den erforderlichen Durchsuchungsbefehl war offenbar gut vorbereitet – die Exekutive hatte Pläne des Hauses bei sich. Das komplette Gebäude wurde acht Stunden lang durchsucht, Videoaufnahmen gemacht und persönlicher Besitz der BewohnerInnen (Computer, Fotoapparate, Kalender, Geld...) beschlagnahmt oder vernichtet. Bei Auseinandersetzungen vor dem Gebäude wurde ein Jugendlicher mit Gummikugeln beschossen, seitdem fehlt ihm ein Auge.

Wie abenteuerlich die Konstruktion des spanischen Staates, jegliche linksradikale Opposition in die Nähe der ETA zu bringen, ist, zeigt der Fall des eng mit der *Kasa* verbundenen Juan Ramón Rodríguez Fernández (Juanra), der am 16. Januar '02 in einem Amsterdamer Supermarkt von einem Spezialkommando der Polizei wegen mutmaßlicher Unterstützung des „Barcelona-Kommandos“ der ETA festgenommen wurde. Konkret wird ihm zur Last gelegt, dem ETA-Kommando Informationen über den rechtsextremistischen CEDADE (Spanischer Kreis der Freunde Europas) geliefert zu haben. Ein mutmaßlicher ETA-Aktivist, welcher eine vage Beschreibung eines Mannes gegeben hat, an die die Polizei die Identität Juanras koppelte, soll die Beschuldigungen in einem Verhör unter Folter gemacht haben und hat seine Aussagen später zurückgezogen. Zudem handelt es sich bei der Info um in Spanien allgemein Bekanntes. Laut *Jungle World* ging es lediglich um die Adresse von Pedro Varela, den Vorsitzenden des CEDADE.

Wie lächerlich diese Konstruktion ist, sieht mensch eigentlich schon am politischen Selbstverständnis der HausbesetzerInnenbewegung. Diese ist größtenteils anarchistisch orientiert. Anfang Oktober distanzierte sich die *Kasa de la Muntanya* in einer Presseerklärung von der ETA und verurteilte die politischen Ideen und die Strategie der Gruppe. Die Bewegung hätte keinen einzigen Bezugspunkt zu Organisationen, die hierarchisch oder parteimäßig strukturiert sind oder sich zu bewaffneten oder politischen Avantgarden zählten. Es gibt zwar Sympathien für das baskische Autonomiestreben und eine Unterstützung des Widerstandes gegen das unmenschliche Knastsystem, welches gegen die baskischen politischen Gefangenen eingesetzt wird. Dieses ist aber auf keinen Fall mit einer Unterstützung der ETA gleichzu-



setzen!

Offen-sichtlich will der spanische Staat die okupas in ein schlechtes Licht stellen und schließlich zerschlagen – nichts ist einfacher, als eine starke und aktive soziale Bewegung als „terroristisch“ zu bestempeln. Dies scheint auch eine Strategie gegen potentielle ProtestlerInnen anlässlich des EU-Gipfels in Barcelona vom 15.-16. März zu werden. Nach dem Debakel des letzten Jahres, wo unter dem Druck angekündigter Proteste die Weltbank ihre jährlich stattfindende Konferenz in Barcelona absagte, wollen die spanischen Behörden offenbar auf „Nummer sicher“ gehen.

Eine andere Welt ist möglich

Umso wichtiger für die GAPO sollte es sein, den Widerstand zu verstetigen und die sozialen Proteste gegen die neoliberale Vergesellschaftung nicht abreißen zu lassen. Bereits Ende November fand in Zaragoza ein Treffen verschiedener Kollektive und Gruppen statt, mit dem Ziel, gemeinsame Gegenstrategien zur spanischen EU-Ratschaft zu entwickeln. Eine Hauptakteurin ist die MRG (Bewegung für einen globalen Widerstand), in der sich viele Gruppierungen in partizipativen Plenen organisieren. Die MRG ist in Katalonien stark vertreten, wo sie auch die Kampagne gegen die Weltbanktagung letzten Juni getragen hat. Gewerkschaften (vor allem die CNT), die IU (Vereinigte Linke) und Linksradikale (okupas, Autonome...) sind ebenfalls TrägerInnen der GAPO. Insgesamt diskutierten über 400 Personen aus ganz Spanien in Arbeitsgruppen und entwickelten gemeinsame Schwerpunkte der Gegenmobilisierung (Migration, Bildung, Antimilitarismus, Feminismus u.a.) unter dem Motto: „gegen das Europa des Kapitals und des Krieges. Globalisieren wir den Widerstand. Eine andere Welt ist möglich!“

Es werden in den kommenden Wochen und Monaten zahlreiche Treffen im europäischen Rahmen abgehalten, wie z.B. in Zaragoza die Kriegsmusterkonferenz (22.-23. März) oder in Oviedo die Versammlung der Finanz- und WirtschaftsministerInnen (12.-13. April). Die größte internationale Gegenmobilisierung wird aber wahrscheinlich der EU-Gipfel in Barcelona vom 15.-16. März erfahren, auf welchem sich die Regierungschefs ein Stelldchen geben. Derzeit sind dezentrale Proteste, eine Großdemo, ein Gegenkongress und ein großes Konzert am Abend des 16. geplant. Es wäre der GAPO zu wünschen, dass auch in Barcelona der Widerstand gegen die neoliberale Vergesellschaftung sich unmittelbar Ausdruck verschafft. Otro mundo es posible, la lucha continua!

Norbert Meyerhöfer

... fortgesetzt von Seite 1

munter weiterrastern

dung vor dem OLG Frankfurt durchzusetzen.

Von verschiedenen hessischen StudentInnen-schaften wurde Bouffier für seine Haltung heftig kritisiert. Für den AstA der Uni Gießen erklärten etwa Christian Höflinger und Tjark Sauer: „Insgesamt wird deutlich, dass Bouffier nicht gewillt ist, Gerichtsbeschlüsse zu akzeptieren und gesetzlich verbrieft Grundrechte zu achten. Damit übernimmt er die Argumentation seines Niedersächsischen Kollegen Bartling, der in den letzten Tagen an seine Kollegen appellierte, die Gesetze so nachzubessern, dass die Rasterfahndung fortgesetzt werden kann.“

Das Eintreten für den Schutz der Grundrechte gegen alle autoritären Versuche der Abschaffung und Einschränkung ist wichtiger denn je.

Währenddessen standen in Sachen Rasterfahndung weitere Entscheidungen an. Das OLG Düsseldorf schränkte die Rasterfahndung teilweise ein, nur „ausländische“ Studenten dürfen nach dieser Ent-

scheidung gerastert werden, da nur von diesen Gefahr ausgehe. Die Grundrechte der deutschen Studenten seien hingegen zu respektieren. Das Verwaltungsgericht Mainz erklärte hingegen, die von den Innenbehörden behauptete Gefahr durch islamistische Terroristen sei gegeben und die Entscheidung, die Rasterfahndung durchzuführen sei somit ausreichend legitimiert.

Gerade die Haltung der Innenminister Bartling und Bouffier macht deutlich, wie beliebig und leichtfertig mit den individuellen Grundrechten umgegangen wird.



:bsztermine

Donnerstag, 7. März

Theater Freier Vogel: „Lumpenpott“

mit Ralf Lamprecht. Geschichten von denen, die im Nazi-Bochum mitgemacht haben, und von denen, die verfolgt und verschleppt wurden. 10.00 Uhr, Bochumer Kulturrat (Lothringer Straße 36c), Bochum (Weitere Termine: 8.3., 10.00 und 20.00 Uhr)

Hubert Schneider: Ungarische Juden als Zwangsarbeiter in Bochum.

Das Schicksal des John Csillag (innerhalb der Vortragsreihe in NRW: „Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945“) 18.00 Uhr, Stadtarchiv (Kronenstr.47-49), Bochum

„Das weiße Rauschen“

Erstaufführung. (BRD 2001), Regie: Hans Weingartner 19.45 Uhr, Kino Endstation (Wallbaumweg), Bochum

Paul Mackay: Geld und Geist

Vortrag und Diskussion innerhalb der VHS-Reihe „Geld“ 20.00 Uhr, Volkshochschule (Willy-Brandt-Platz 2-6, Clubraum), Bochum

Freitag, 8. März

Initiative zur Rehabilitation der Bochumer Justizopfer des Kalten Krieges

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Montag, 11. März

Verkehrsrat Deutschland, Kreisverband Bochum und Gelsenkirchen

19.30 Uhr, Umweltzentrum (Alsenstr.27), Bochum

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Dienstag, 12. März

Peter Romahn: Anders mit Geld umgehen, z.B. Schenken.

Die GTS als erste Bürgerstiftung in Deutschland. Vortrag und Diskussion innerhalb der VHS-Reihe „Geld“ 19.30 Uhr, Volkshochschule (Willy-Brandtplatz 2-6, Clubraum), Bochum

Mittwoch, 13. März

„Working Girls“

(USA 1986). Aus der Videoreihe „Kein Fleiß ohne Preis – Frauen und Arbeit“ 19.00 Uhr, Auszeiten (Josephinenstraße 71), Bochum

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Donnerstag, 14. März

Arbeitstreffen von terre des hommes Bochum-Wattenscheid

19.30 Uhr, Gemeindezentrum Preinsfeld, Bochum

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Freitag, 15. März

Bochumer Frauenwochen 2002: „Clara“

Ein Stück des Theaters Mülheimer Spätlesse, anschl. Zuschauergespräch. Veranstaltet von der Berufsgruppe gegen sexuellen Missbrauch von Mädchen und Jungen 19.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Sonntag, 17.3.

Stadtrundgang mit Klaus Kunold: Bochum in der NS-Zeit.

14.00-16.15 Uhr, Treffpunkt: Glocke, vor dem Rathaus, Bochum

Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid Vergessene Opfer

Im Rahmen der Projekte gegen **Rassismus und Gewalt des Landes NRW** hat die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten** eine Broschüre über die **Verfolgung der Bochumer und Wattenscheider Sinti und Roma** unter dem Titel **„Verachtet, vertrieben, verfolgt“** herausgegeben. **Nach 10-monatiger Arbeit und Forschung** konnten am **26. Februar 2002** diese Broschüre der Öffentlichkeit präsentiert werden.

In den ersten beiden Kapiteln der Dokumentation wird knapp umrissen, wie die Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma vom Mittelalter bis in die Zeit der Weimarer Republik aussah. Insbesondere die „Zigeunerpolitik“ im Kaiserreich und in der Weimarer Republik war eine wichtige Grundlage für die spätere Verfolgung im Faschismus. Z.B. wurde bereits im Jahre 1899 bei der Polizei in München eine „Zigeunerzentrale“ errichtet und eine vollständige Erfassung aller Sinti und Roma durch einen „Zigeunernachrichtendienst“ angestrebt. Dies geschah unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung und der Sesshaftmachung von Sinti und Roma. Antiziganistische Einstellungen waren damals in der Öffentlichkeit weit verbreitet. In Bochum wurde z. B. einige „Zigeunerfamilien“ im Jahre 1929 von einem Grundstück neben der Feldsieper Schule, das ihnen der Zimmermeister Janzen zu Verfügung stellte, aufgrund des öffentlichen und des Drucks des Elternbeirates der Feldsieper Schule vertrieben. Begleitet wurde dies mit einer Stimmungsmache gegen die „Zigeuner“ in der lokalen Presse, die wir in der Broschüre dokumentiert haben.

Mit der Machtübernahme der Nazis trat eine deutliche Verschärfung der Diskriminierung und Verfolgung der Roma und Sinti ein. Dies erfolgte einerseits durch die Einbindung der schon vorhandenen antiziganistischen Vorstellung in die Rassenpolitik des NS-Staates, andererseits bekam der Verfolgungsapparat Kompetenzen, die weitreichende Zugriffe erlaubten und dadurch die Organisation von Verhaftungen und Deportationen vereinfachten. Die Nazis sahen Sinti und Roma als Bedrohung für die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ an. Bis zum Beginn der NS-Herrschaft hatte man den Sinti und Roma zwar diskriminierend Eigenschaften wie z. B. Nichtsesshaftigkeit und Hang zur Kriminalität zugeschrieben, begegnete diesem abweichenden Verhalten jedoch vornehmlich mit dem Pogramm der Sesshaftmachung. Nun wurde aber durch die „rassebiologische Forschung“ behauptet, dass diese negativen Eigenschaften Ausdruck genetisch bedingter Minderwertigkeit seien und es nunmehr darum gehen müsse, zur „Reinhaltung der arischen Rasse“ wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das am 14. Juli

1933 verabschiedet wurde, bezog auch die in Deutschland lebenden Sinti und Roma mit ein. Zahlreiche Zwangssterilisierungen wurden an Sinti und Roma vorgenommen. (In welchem Umfang in Bochum Zwangssterilisierungen vorgenommen wurden und inwieweit sie Sinti und Roma betrafen, ist nicht zu ermitteln, da das Aktenmaterial des Gesundheitsamtes, das mit der erbgesundheitlichen Datenerfassung betraut war, im Stadtarchiv noch nicht einsehbar war.) Weiter verschärft wurde die Situation für die in Deutschland lebenden Sinti und Roma durch die Nürnberger Rassengesetze sowie durch die Errichtung einer „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ im Reichsgesundheitsamt und die Errichtung von Sammellagern für Sinti und Roma.

Wir haben herausgefunden, dass es in Wattenscheid, Dahlhauser Str. 9, ein zentrales Sammelager für Sinti und Roma gegeben hat. In Bochum lässt sich ein solches Lager nicht nachweisen. Hier wurden viele Sinti und Roma in städtische Notasyle eingewiesen, vorwiegend in die Notasyle in Bochum-Riemke (Meesmannstr. 117) und in Bochum-Linden (Am Krüzweg 44a).

Am 26. Januar 1938 wurden mit der von Himmler veranlassenen Aktion „Arbeitscheu Reich“ durch die Gestapo ca. 2000 „Arbeitscheue“, zu denen auch Sinti und Roma zählten, zunächst in Schutzhaft genommen, um anschließend in das KZ Buchenwald gebracht zu werden. Von dieser Verhaftungswelle waren auch einige in Bochum und Wattenscheid lebende Sinti und Roma betroffen, u. a. Jakob Bernd, damals wohnhaft im städtischen Notasyl in Bochum-Linden.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges trat eine weitere Verschärfung der Verfolgung, die die Sinti und Roma zum Ziel hatte. Etwa 30000 Sinti und Roma wurden im Mai 1940 von den Nazis nach Polen ins Generalgouvernement deportiert. Im August 1941 ordnete Himmler die „Auswertung der rassebiologischen Gutachten über zigeunerische Personen“ an. Alle Personen waren verpflichtet, sich einer Untersuchung für ein „Rassegutachten“ bei der Rassenhygienischen Forschungsstelle zu unterziehen. Sinti und Roma wurden jetzt nach ihren „Mischungsgraden“ klassifiziert. Als offizielle Zeichen wurden jetzt „Z“ für „Zigeuner“, „ZM+“ für „Zigeunermischling mit vorwiegend zigeunerischem Blutsanteil“, „ZM“ für „Zigeunermischling mit

gleichem zigeunerischem und deutschem Blutsanteil“, „ZM-“ für „Zigeunermischling mit vorwiegend deutschem Blutsanteil“ sowie „NZ“ für „Nichtzigeuner mit zigeunerischer Lebensweise“ eingeführt. Diese Kennzeichnung galt in allen Datensammlungen bei der Polizei, den Melde- und Sozialämtern und beim Arbeitsamt. Sinti und Roma wurden damit klassifiziert.

Im März 1943 erfolgte die zentrale Deportation aus dem damaligen Reichsgebiet ins „Zigeunerfamilienlager“ Auschwitz-Birkenau. Am 7. März 1943 wurden Sinti und Roma aus den umliegenden Städten nach Bochum gebracht und hunderte von ihnen in einen Zug getrieben. In der „Zigeunerkolonie“ in der Dahlhauser Str. in Wattenscheid trieb die Gestapo die dort lebenden Sinti aus ihren Wohnungen. In unsere Dokumentation haben anhand der Wiedergutmachungsakten viele Informationen über Einzelschicksale, insbesondere über Familien, die nach Auschwitz und in anderen Lagern deportiert wurden, herausgearbeitet. Ebenfalls haben wir Auszüge aus dem Hauptbuch des „Zigeunerlagers“ veröffentlicht, anhand dieser Hauptbücher konnten wir feststellen, welche Personen aus Bochum und Wattenscheid nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden.

Viele NS-Verfolgte haben nach 1945 die Möglichkeit wahrgenommen, einen Antrag auf Wiedergutmachung beim Kreisrunderhilfesausschuss zu stellen, darunter auch viele Sinti und Roma. Für einen Monat Haft im KZ wurde in der Regel ein Betrag von 150 DM ausgezahlt. Dieser Betrag wurde bis in die 60er Jahre hinein, trotz Inflation, nie erhöht. Die meisten Sinti und Roma bekamen eine Entschädigungssumme, wenn sie selbst oder ihre Angehörigen nach Auschwitz oder in ein anderes Konzentrationslager deportiert wurden. Für die bereits vorher stattgefundenen Diskriminierungen und Verfolgungsmaßnahmen gab es in der Regel keine Entschädigung.

Die Arbeit an dieser Dokumentation ist noch nicht beendet. Etliche Schicksale sind noch nicht geklärt und wir haben noch nicht mit den Überlebenden oder deren Nachfahren gesprochen. Das verfügbare Quellenmaterial wurde ebenfalls noch nicht vollständig gesichtet. Viele Fragen sind noch nicht geklärt, z. B. ob in Bochum und Wattenscheid alle Sinti und Roma für staatenlos erklärt wurden, wie es manchen Kommunen damals der Fall war und wie die polizeiliche Überwachung der in der den städtischen Notasylen lebenden Sinti und Roma ausgesehen hat. Aber ein Anfang ist gemacht und die Veröffentlichung einer Ergänzungsausgabe ist geplant.

Volker Gersers

Die Broschüre „Verachtet, vertrieben, verfolgt“ ist auch am **notstand (Raum 7 im StudentInnenhaus)** erhältlich.

:bszkonsumterror

Dialektik der Schokolade

Schon seit Hegels Zeiten ist es der Grundgedanke einer dialektischen Theorie, Dinge zu entzweien, um sie, nach der Betrachtung jedes einzelnen Bestandteiles, hinterher um so vortrefflicher wieder zusammen zu bringen. Am Ende soll dieses entzweite Ding dann noch deutlicher vor den Augen der BetrachterInnen erscheinen, sich der Welt erschließen, und im günstigsten Fall diese noch im Handumdrehen in all ihrer Komplexität erklären.

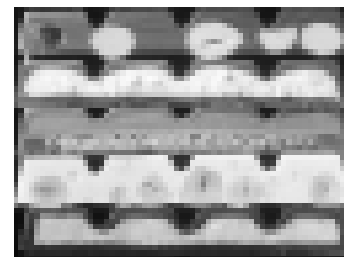
So könnte man meinen, dass neuerdings auch bei der Firma Ritter Sport in der Abteilung „Wir-Denken-Uns-Neue-Namen-Für-Doch-Immer-Gleiche-Produkte-Aus“ ein dialektisches Gehirn seine Arbeit verrichtet. Denn die beiden neuen Sorten „Dunkle Voll-Nuss“ und „Eierlikör-Trüffel“ könnten auf den ersten Blick gegensätzlicher nicht sein.

Bei der ersten sehen sich die SchokoladenliebhaberInnen mit der Aufgabe konfrontiert, eine wirklich harte Nuss zu knacken. Denn die Haselnüsse sind nur von ihrer Schale befreit worden, den Produktionsschritt der Zerkleinerung wurde an die KonsumentInnen delegiert. Die Halbbitter-Schokolade aber, die die Nüsse laut Packungsbeilage umschließt, ist eine herbe Enttäuschung. Sie ist zwar eine Nuance bitterer als die „normale“ SportlerInnenschokolade. Den wirklichen Unterschied vermag aber wohl nur ein ausgewiesenes feines Zünglein an der Waage zu erkennen. Es handelt sich bei dieser neuen Ritter-Schokolade also zusammenfassend nur um eine weitere profane Nusschokolade, und die Nussbeißerschokolade von Aldi verteidigt auf diesem Gebiet seit Jahren schon souverän die Tabellenführung und wird sie wohl nie mehr abgeben müssen.

Die zweite „Neuerung“ bei Ritter Sport kann sogar mit dem Untertitel Limited Edition protzen (frei nach dem altbekannten Motto: Kauf mich heute schon, denn morgen gibt es mich nicht mehr). Und in der Tat, kauft man sich die „Eierlikör-Trüffel“-Schokolade nicht sofort, wenn man sie das erste Mal sieht, wird man es wohl nie mehr tun. Denn dann könnte man schon jemanden getroffen haben, die/der sie kennt und er oder sie wird einer/m wohl eindringlich von deren Erwerb abraten. Die Eierlikör-Pampe im Inneren ist nämlich vor allem eine Pampe, süß, schleimig und trotzdem völlig unlecker. Nach Trüffel, dessen Anteil eindeutig bei 0,00% liegen muss, schmeckt das Ganze auch nicht. Eigentlich erinnert es an billige Schokoladen-Ostereier mit irgendeiner alkoholischen Füllung, die verantwortungsvolle Eltern ihren kleinen Kindern immer verbieten würden. Sie schmeckt nicht nur so, zu allem Übel riecht sie auch danach. Alkohol ist laut Zutatenliste auch offizieller Bestandteil dieser Schokolade.

Bleibt somit nur noch die Hoffnung auf die Rettung in der Dialektik der beiden Einzelsorten. Probiert man sie zusammen, könnten ja zwei schlechte Teile ein gutes Ganzes ergeben. Aber weit gefehlt, vielmehr scheint sich, wenn man von jeder Sorte ein Stück oral sich einverleibt, die Schlechtigkeit der einzelnen Teile noch zu potenzieren.

Womit wieder einmal das, was seit Marx Bestandteil jeder dialektischen Gesellschaftsanalyse ist, bestätigt wäre. Diese Gesellschaft und ergo auch ihre real existierende Schokolade schmeckt schlecht, ist regressiv und eine einzige infame Lüge, indem unter neuem Label immer nur der alte Mist verhört wird.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Thilo Machotta (mac), Andrea Manske (am), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

- Mensa-Plan für die Woche vom 6. bis 12. März -

Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 6.3.				
Pfannengyros mit einem Tzatziki-Dip, dazu Fladenbrot und ein Salat	Putenbrust im ganzen gebraten mit einer Rahmsauce, dazu Püree (4,6) und Rahmspinat	Kartoffeltasche, gefüllt mit Frischkäse, dazu Käsesauce, Vollkornnudeln und ein Pariser Karottengemüse	Hühnerfrikassee in heller Rahmsauce, dazu Butterreis und ein Erbsen-Gemüse	(S) Schweineschnitzel mit einer Tomatensauce, dazu Spaghetti-Nudeln und eine Salatbeilage
DONNERSTAG, 7.3.				
Rindergulasch mit einer Rahmsauce, dazu Dampfkartoffeln und Blumenkohl	Putenschnitzel, paniert mit Tomaten und Käse überbacken, dazu Hetchup-sauce, Maccaroni und Salat	Blumenkohl-Käse-Medaillon mit einer Kräutersauce, dazu Vollkornreis und ein bunter Rohkost-Mix	Schweinegeschnetzeltes „Gyros Art“, dazu Tzatziki-Dip, Risotto-Reis und eine Salatbeilage	Gebackene Champignons mit einer Kräutersauce, dazu Baguette-Brot und ein Krautsalat
FREITAG, 8.3.				
(S) Hohlroulade mit einer Mettfüllung, dazu eine Bratensauce, Püree (4,6) und Weißkohlgemüse	Seelachsfilet mit einer Italienischen Auflage mit Tomatensauce, dazu Spaghetti und Blattspinat	Tofu-Gyros mit einem Tzatziki-Dip, dazu Vollkornreis und ein Salat	Gebrotenen Fisch-Nuggets mit einer Remouladesauce, dazu Kartoffelsalat und eine erfrischende Salatbeilage	Geschmorter Geflügelspieß mit einer fruchtigen Currysauce, dazu Butterreis und eine Blattsalatbeilage
SONNTAG, 11.3.				
(S) Erbseneintopf mit frischem Wurzelgemüse und Speckwürfeln, dazu eine Bockwurst	Putengeschnetzeltes „Gyros Art“ mit einem Tzatziki-Dip, dazu Djuwetschreis und ein Salat	Soja-Bits mit einer Pustzasauce, dazu Vollkornspaghetti und ein Paprika-Zwiebelgemüse	Der Kleine Saal ist bis zum 29.03.2002 geschlossen!	Der Kleine Saal ist bis zum 29.03.2002 geschlossen!
DIENSTAG, 12.3.				
Lammkeulenbraten mit einer Provencalsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Bohnengemüse	Hähnchenbrustfilet paniert, mit einer Geflügelsauce, dazu Maccaroni und ein Salat	Polenta-Käse-Schnitte mit einer Kräutersauce, dazu Vollkornreis und ein Pariser Karottengemüse	Der Kleine Saal ist bis zum 29.03.2002 geschlossen!	Der Kleine Saal ist bis zum 29.03.2002 geschlossen!